



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

J., H.: Die Monarchenbegegnung

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die Monarchenbegegnung



Im Septemberheft der Londoner *Empire Review* bespricht der englische Schriftsteller Edward Dicey die Cronberger Begegnung in einer für den Kaiser und für Deutschland so wohlwollenden Weise, daß es uns der Mühe wert scheint, dem deutschen Publikum die nähere Bekanntschaft dieses weißen Raben zu vermitteln, den die *Grenzboten* in seiner bestimmten Stellungnahme gegen den nach seiner Ansicht ebenso schädlichen als unnützen und grundlosen deutsch-englischen Gegensatz schon wiederholt mit Vergnügen zitiert haben. Es ist dabei namentlich von Interesse, wie Dicey den persönlichen Charakter der Cronberger Begegnung nachweist, um gerade darauf ihre politische Bedeutung zu begründen. Er beginnt mit dem Satze, daß in England wie in Deutschland jede Sorgfalt aufgewandt worden sei, auf den persönlichen Charakter dieser Begegnung zwischen den beiden mächtigsten der europäischen Souveräne hinzuweisen und sie damit ihrer politischen Bedeutung zu entkleiden. Der gewählte Schauplatz sei das Schloß von Friedrichshof gewesen, wo die Mutter des Kaisers und Schwester des Königs, die Kaiserin Friedrich, vor fünf Jahren gestorben sei. Die Wahl dieses Platzes anstatt irgend eines der andern Schlösser rundherum, wo die königlichen Gäste des Deutschen Kaisers in der Regel empfangen würden, scheine dazu bestimmt, die offizielle Lesart zu bestätigen, daß die persönlichen Beziehungen der beiden erlauchten Persönlichkeiten heute so freundliche seien, wie sie seit fast einem Jahrhundert zwischen den königlichen Häusern von England und Preußen bestanden haben, wenngleich dieses freundschaftliche Verhältnis, obschon es niemals aufgehoben war, infolge verschiedener Ursachen in den letzten Jahren nach dem Tode der Königin Viktoria und der Kaiserin Friedrich ein weniger ausgesprochenes gewesen sei. Die Tatsache, daß der offiziellen Ankündigung des Besuches die Nachricht folgte, daß der König eingewilligt habe, die Patenschaft bei seinem Urgroßneffen, dem wahrscheinlichen Erben in

dritter Generation auf dem Throne von Deutschland, zu übernehmen, sei ein weiterer Beweis, falls ein solcher nötig sei, daß die Begegnung dazu bestimmt war, mehr einen persönlichen als einen politischen Charakter zu tragen.

Dicey weist nun darauf hin, daß sogar in unsern Tagen, wo jeder Vorfall sofort an die Öffentlichkeit komme, die Geheimnisse der Höfe vor den Nachrichtenlieferanten sorgfältig versiegelt blieben, und wengleich behauptet werde, daß der Interessengegensatz und die politischen Meinungsverschiedenheiten zwischen England und Deutschland durch persönliche Verstimmung zwischen ihren Souveränen gesteigert worden seien, so sei er persönlich der Ansicht, daß dem nur Geschwäg oder Vermutung zugrunde liege. Da nun aber doch kein Leser deutscher oder englischer Zeitungen die Tatsache ablehnen könne, daß die öffentliche Meinung beider Länder, was auch immer die Ursache sein möge, an eine gewisse Entfremdung zwischen dem Könige von England und dem Deutschen Kaiser geglaubt habe, so sei es von beiden Souveränen ein weiser und politischer Akt gewesen, darzutun, daß, wenn eine solche Entfremdung in der Vergangenheit jemals existiert habe, sie für die Gegenwart ausgelöscht sei und für die Zukunft nicht wieder erneuert werden würde.

Dicey erinnert nun daran, wie oft er in seinem Eintreten für die Erhaltung freundlicher Beziehungen zwischen den beiden großen Zweigen der angelsächsischen Rasse, die durch Blut, Religion, gemeinsame Institutionen, gemeinsame Geschichte und gemeinsame Interessen verschwistert seien, auf die Nützlichkeit des Austauschens von Besuchen der beiden Souveräne hingewiesen habe, deren jeder das Land, über das er regiert, in einem Umfange personifiziere, der in keinem andern Lande Europas seinesgleichen habe. Wenn darum die Begegnung von Friedrichshof auch kein andres Ergebnis gehabt hätte, als darzutun, daß die Gerüchte über eine Entfremdung zwischen dem König und seinem kaiserlichen Neffen grundlos seien, so wäre das eine hinreichende Ursache zur allgemeinen Befriedigung in England wie in Deutschland. So korrekt nun aber der offizielle Bericht über die Friedrichshofer Begegnung auch gewesen sein möge, der sie ausschließlich in die Kategorie von Hausbeziehungen verweist, so sei es doch schwierig zu glauben, daß der Begegnung der beiden Majestäten keine politische Bedeutung beizumehne. „Sie beide repräsentieren, schreibt Dicey, in einem außerordentlichen Grade die beiden Nationen, über die sie auf Grund ihrer Geburt herrschen. König Eduard der Siebente ist seinen Landsleuten teuer nicht nur als Sohn und Erbe der größten Königin, die auf dem Throne Englands seit den Tagen der Good Queen Bess gesessen, sondern als ein Fürst, der seine Pflichten als der erbliche Monarch eines freien Landes mit gewissenhafter Loyalität erfüllt, der immer seine individuelle Autorität den Grenzen der Verfassung untergeordnet, und der niemals ermangelt hat, seinen Ministern den Vorteil seiner langen Erfahrung und seiner tiefen Kenntnis der auswärtigen Angelegenheiten anzubieten, ein Anerbieten, das seine Ratgeber, man muß ihnen diese Gerechtigkeit widerfahren lassen, selten oder niemals abgelehnt haben. Während der vierzig Jahre, die zwischen seiner

Großjährigkeit und seiner Thronbesteigung verfloßen sind, hat sich Seine Majestät unverdrossen von jeder Einmischung in die Politik fern gehalten, die seiner königlichen Mutter hätte Verdrießlichkeiten bereiten können. Er gab niemals irgendeiner politischen Partei die geringste Ermutigung zu der Annahme, als sei er mehr der Vertreter seiner eignen Ansichten als der der regierenden Souveränin. Als er in einem reifen Alter den Thron bestieg, gab er sofort den Beweis, wie sorgfältig er die Pflichten und die Rechte eines englischen konstitutionellen Herrschers studiert habe, der eifersüchtig auf die Wohlfahrt seines Volkes und auf die Würde seines Reiches sei. In der That, erst als der Tod seiner verehrten Mutter ihm die Gelegenheit zur persönlichen Betätigung gegeben hat, haben seine Untertanen die bemerkenswerte Geschicklichkeit, die Weltkenntnis, den vollendeten Takt und den echten guten Menschenverstand kennen lernen, die ihm so lange Zurückhaltung auferlegten, als er nach den ungeschriebnen Gesetzen unsers Hofes in innern oder auswärtigen Angelegenheiten keine Initiative aus sich selbst heraus nehmen konnte. Was vielleicht noch wichtiger war, Seine Majestät hatte während seiner Abgeschlossenheit vom öffentlichen Leben die Ideen, die Aspirationen, die Überzeugungen und auch die Vorurteile des britischen Volkes genauer kennen gelernt als die verstorbne Königin selbst oder irgendeiner ihrer welfischen Vorfahren. Engländer von Geburt, von Erziehung und von Charakter, ist er von der englischen Nation als ein König nach ihrem Herzen aufgenommen worden, als ein Monarch, wie England ihn selten gekannt hat. Es darf daher aufrichtig ausgesprochen werden, daß der König, wenn er eine Meinung äußert, ob zu Hause oder sonstwo, das Mundstück ist, nicht allein von Großbritannien, sondern auch des Größern Britanniens jenseits der Meere. Die Tatsache, daß er England hinter sich hat, bekleidet ihn mit einer Autorität, die anzuerkennen die fremden Mächte sich beeilt haben.

Eine ähnliche Autorität, wenngleich auf etwas andern Ursachen beruhend, knüpft sich an die Persönlichkeit Kaiser Wilhelms des Zweiten. Fremde in Deutschland vermögen es sich oft nicht vorzustellen, daß der außerordentliche Halt, den Seine Majestät bei dem deutschen Volke hat, auf der Tatsache beruht, daß die Hohenzollernndynastie in den deutschen Herzen unauflöslich verbunden ist mit der Umwandlung des kleinen Herzogtums (sic) Brandenburg zum großen Deutschen Reiche. Von den Zeiten des Herzogtums Brandenburg bis zur Gegenwart ist nicht einer der Hohenzollernschen Fürsten, der nicht sein Herz und seinen Verstand daran gesetzt hätte, die Politik zu fördern, durch die Preußen zur Suprematie in Deutschland emporgestiegen ist. Kein gerechter Geschichtsforscher kann es in Abrede stellen, daß die Vergrößerung Preußens und die konsequente Errichtung eines geeinten Deutschlands weit mehr der Weisheit und dem Mute der Hohenzollern als den Anstrengungen ihrer Staatsmänner und Politiker zu verdanken sind, mit der möglichen Ausnahme des Fürsten Bismarck. Aber sogar der große Kanzler hat sein Leben lang seine Politik auf den Grundsatz basiert, daß wenn das Deutsche Reich dazu gelangt

ist, eine vollendete Tatsache an Stelle eines idealen Traumes zu werden, dieses Ergebnis nur unter der Herrschaft der Hohenzollernndynastie erreicht werden konnte. Mag nun diese Schlussfolgerung in der Abstraktion richtig oder unrichtig sein, daran besteht kein Zweifel, daß sie vom deutschen Volke als ein Glaubensartikel angenommen worden ist. Das Vorhandensein dieses Glaubens bei der großen Mehrheit der deutschen Nation erklärt das unveränderliche Scheitern jedes Versuchs der Verfechter eines vollen parlamentarischen Selfgovernment, in die Verfassung der preußischen Monarchie oder des Deutschen Reiches Veränderungen einzuführen, die die Suprematie der Hohenzollernndynastie in wesentlichem Umfange schwächen könnten. Wann auch immer ein solcher Versuch gemacht worden ist, das deutsche Volk, zumal in den preußischen Provinzen, hat immer Partei für die Krone und gegen das Parlament genommen. Es muß also zugegeben werden, daß die bestehende Verfassung Deutschlands, wie fern sie auch von unsern britischen Idealen volkstümlicher Selbstregierung sein mag, eine Art Kompromiß zwischen der demokratischen und der autokratischen Herrschaft bildet, der von der regierenden Dynastie loyal respektiert wird, und daß unter diesem Kompromiß die individuelle Freiheit besteht, Gesetz und Ordnung aufrecht erhalten werden, Leben und Eigentum gesichert sind gegen Eingriffe der Exekutive, parlamentarische Institutionen, Freiheit der Presse und der politischen Diskussionen keine Fiktionen mehr, sondern anerkannte Rechte sind, deren sich die deutsche Nation erfreut, mögen immerhin diese Rechte nicht so voll entwickelt sein wie in andern konstitutionellen Ländern.

So lange dieser Stand der Dinge andauert, hat kein Verlangen nach revolutionären Umwälzungen Aussicht auf die Zustimmung des deutschen Volkes, das auf die Hohenzollernndynastie als den besten Schutz seiner Freiheiten, seiner Größe als Nation, seiner Wohlfahrt für die Gegenwart und seines Ehrgeizes für die Zukunft vertraut. Wenn diese Ansicht richtig ist, ist es leicht verständlich, daß sich Kaiser Wilhelm der Zweite der moralischen Suprematie erfreut, die ihm zukommt als dem Erben einer langen Linie von Souveränen, die alle an der Vergrößerung Preußens und an der Einigung Deutschlands unter Preußens Hegemonie gearbeitet haben. Jeder seiner Vorfahren auf dem Throne, welcher Art seine Mängel oder Fehler auch gewesen sein mögen, hat eine außerordentliche Fähigkeit an den Tag gelegt, die Strömungen der öffentlichen Meinung in seinem Volke zu erkennen und sich ihre Ideen, ihren Ehrgeiz und sogar ihre Vorurteile anzueignen. In dieser Hinsicht hat Seine Majestät wenigstens die Traditionen seines Hauses mehr als erfüllt. Es ist nicht meine Absicht, eine allgemeine Billigung der Haltung auszusprechen, die jeder der beiden Monarchen, die jüngst in Friedrichshof zusammentrafen, bei verschiedenen Gelegenheiten eingenommen hat. Was ich wünsche, ist zu zeigen, daß wie Seine Majestät der König von England ein typischer Engländer ist, den englischen Herzen teuer, so Seine Majestät der Kaiser von Deutschland ein typischer Deutscher, den deutschen Herzen teuer. Beide können

zur Welt nicht nur als Beherrscher ihrer Länder sprechen, sondern als die wahren Repräsentanten ihrer Völker.

Es scheint mir, daß der repräsentative Charakter der beiden Monarchen von Politikern und Kritikern in England sowohl als in Deutschland häufig übersehen wird. Es ist eine unumstößliche Tatsache, daß wenn König Eduard der Siebente eine Meinung in auswärtigen Angelegenheiten ausspricht, dies nicht nur seine persönliche Meinung ist, sondern die Meinung Englands. In ähnlicher Weise sind die von Kaiser Wilhelm dem Zweiten ausgesprochenen Ansichten über öffentliche Angelegenheiten auch die Ansichten Deutschlands. Nach meiner Ansicht neigen unsre britischen Publizisten dazu, den Umfang, bis zu dem die Äußerungen des Kaisers durch seine persönlichen Empfindungen und Ideen beeinflusst werden, zu übertreiben. Als Engländer könnte ich vielleicht wünschen, daß diese Theorie richtig wäre, und daß mit Bezug auf gewisse Fragen, die unser eignes Land betreffen, die Äußerungen Seiner Majestät einfache persönliche Ansichten wären, die von seinen Landsleuten nicht geteilt werden. Ein Blick auf die wirklichen Verhältnisse zwingt mich jedoch, diese Theorie als unhaltbar aufzugeben. Ich habe von allen meinen Freunden und Bekannten, die den Vorzug persönlicher Vertrautheit mit Seiner Majestät gehabt haben, unterschiedlos gelernt, daß er auf sie den Eindruck eines Mannes von ungewöhnlicher Befähigung, eines Staatsmannes von außerordentlicher Kenntniss der deutschen und der fremden politischen Angelegenheiten, eines Mannes von einer einzigen Macht des Ausdruck und eines bemerkenswerten Reizes seiner Umgangsformen ist. Ich entnehme aus allen Berichten, daß er fähig ist, schnell entschiedne Ansichten zu formen, sie wirksam zum Ausdruck zu bringen und sie dann und wann unerwartet zu modifizieren.

Aber wenn das so ist, so bestätigt es nur meine Ansicht, daß er ein Deutscher ist nach dem Herzen der Deutschen. Das Schicksal hat mir beschieden, manche deutsche Bekannten zu haben und verschiedne deutsche Freunde, und ich habe immer bemerkt, daß sie kopfüber zu endgiltigen Schlüssen über Fragen kamen, für die ihre Kenntniss und Erfahrung, wenngleich reichliche, so doch unvollständige waren, und daß sie bestimmte Behauptungen auf unzureichender Grundlage aussprachen. Zugleich entdeckte ich, daß sie sehr bereit waren, auf Einwendungen zu hören, die Stärke der Argumente ihrer Opponenten anzuerkennen und ihre Ansichten nach erhaltner Information ohne übermäßige Rücksicht auf logische Folgerichtigkeit zu ändern. Es mag wohl sein, daß diese Neigung auch vom Kaiser geteilt wird. Ist das so, so kann von ihm auch vorausgesetzt werden, daß er gemeinsam mit seinen Landsleuten denselben klugen gesunden Menschenverstand hat, der sie veranlaßt, Tatsachen vor Theorien zu bevorzugen und Ansichten zu modifizieren, sobald ihnen die Unrichtigkeit dargetan ist."

Dicey geht nun auf die Lage der europäischen Angelegenheiten ein, soweit sie durch die Unterhaltungen in Friedrichshof berührt sein möchten: Rußland,

die Türkei, der Balkan, Japan, der muselmännische Fanatismus, die angebliche panislamitische Agitation usw. Wir haben hier keinen Anlaß, ihm auf diese Gebiete zu folgen. Während England ein Interesse habe, Deutschlands Ansichten in dieser Beziehung kennen zu lernen, mußte Deutschland vernünftigerweise ein Interesse haben, die Ansicht der britischen Regierung über die Interpretation des durch die Konferenz von Algeciras aufgestellten Prinzips kennen zu lernen, namentlich wie weit sie anerkenne, daß dieses Prinzip in irgendeiner Weise der freien Hand widerstreite, die England in Ägypten durch das anglo-französische Abkommen garantiert sei. Es sei da eine Anzahl kleinerer Streitpunkte vorhanden, die unter entsprechenden Umständen Anlaß zu internationalen Schwierigkeiten geben könnten. Namentlich sei darunter die Frage, wie weit England und Deutschland vorbereitet seien, den Entscheidungen des Haager Tribunals eine gleiche Autorität zuzuerkennen, auch diese Frage habe vernünftigerweise wohl in Friedrichshof zur Erörterung gestanden. Selbstverständlich könne niemand, der mit der britischen Verfassung oder mit dem persönlichen Charakter des Königs vertraut sei, annehmen, daß eine Verständigung in Friedrichshof abgeschlossen worden sei, die in irgendeiner Weise England zur Annahme verpflichte, bevor sie von den Ministern gebilligt worden sei. Das äußerste unmittelbare Resultat, das, soweit England in Betracht kommt, von der Begegnung erwartet werden dürfe, sei, daß König Eduard dem Premierminister und seinen Kollegen gewisse Anregungen unterbreite, die für die Erhaltung des europäischen Friedens und der internationalen Freundschaft gemacht worden sein mögen, ebenso wie irgendeine Anregung, die Seine Majestät persönlich empfangen, und die Gründe, die Seine Majestät bestimmt haben, die Anregung zu billigen oder zu mißbilligen. Erweise sich das alles als zutreffend, so sei darin ein wichtiger Schritt für die Ausdehnung der Politik gesehen, zu der der König in der Entente cordiale mit Frankreich die Initiative ergriffen habe. „Es ist einleuchtend, fährt Dicey fort, daß die Meinung des Königs, besonders wenn sie mit der Meinung des Deutschen Kaisers zusammentrifft, von großem Gewicht für jedes britische Ministerium sein muß. Es kann nicht geleugnet werden, daß es bis zu einem gewissen Grade eine Neuerung im Geiste wenn nicht im Buchstaben unsrer Verfassung war, wenn die Bourparlers für das anglo-französische Abkommen vom König persönlich und nicht, wie es früher gebräuchlich war, durch den vom Staatssekretär des Auswärtigen direkt instruierten britischen Botschafter in Paris geführt worden sind. Eine zweite und ernstlichere Neuerung würde es sein, wenn die Bourparlers für ein herzliches Einvernehmen zwischen England und Deutschland durch König Eduard als Repräsentanten Englands und durch Kaiser Wilhelm als Repräsentanten Deutschlands ohne Begleitung ihrer Minister des Auswärtigen abgeschlossen worden wären. Zum Glück für uns ist der gute Sinn der Engländer bereit, jede Neuerung zuzugestehen, die nach ihrem Urteil nützlich und wohlthätig ist, auch wenn sie mit genauen Präzedenzen oder der Staatsetikette nicht übereinstimmt. Die Neuerung würde jedoch nicht ohne ernste Proteste geblieben sein, wenn nicht auf dem

Throne von England ein Souverän säße, der sich so durch und durch mit seinem Volke identifiziert hat, und der sein absolutes Vertrauen genießt, bei seiner hohen Befähigung, seinem unverfälschten Patriotismus, seiner Treue für die Verfassung, seiner tiefen Sympathie mit unsern britischen Ideen und seinem außerordentlichen Blick für die Interessen unserz britischen Reiches. Was Deutschland anlangt, so kann ich natürlich da nicht mit derselben Sicherheit sprechen, aber nach allem, was ich höre, komme ich zu dem Schluß, daß, wengleich die direkte Intervention des Souveräns bei auswärtigen Verhandlungen dort weniger eine Neuerung sein mag als bei uns, doch die Tatsache, daß der Kaiser sein Volk fast in derselben Weise personifiziert, wie sein Onkel das britische, viel dazu beitragen wird, die Zustimmung der deutschen Nation jedem auswärtigen Programm zu gewinnen, das von Seiner Kaiserlichen Majestät angenommen worden ist."

Dicey hält es nun für nützlich, nachzuweisen, gerade an der Hand der Begegnung von Friedrichshof, wie sehr sich die öffentliche Meinung in Europa gewandelt habe. Das Jahr 1851, das Jahr der ersten internationalen Ausstellung, sei die Hochwassermarke der politischen Ideen gewesen, die während der letzten vierzig Friedensjahre in England Einfluß gewonnen hatten. Konstitutionelle Regierung unter parlamentarischen Institutionen wurde damals als eine Art Panazee für alle Übel dieser Welt angesehen. Freihandel, Triumph der Feder über das Schwert, erziehende Aufklärung, Herrschaft des Volkes durch das Volk für das Volk, Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, das Bevorstehen einer internationalen Ära wurden der öffentlichen Bewunderung nicht als Traum einer fernen Zukunft, sondern als Tatsache dargestellt, die im Begriff sei, sich zu vollziehen. Als notwendige Ergänzung dazu wurde die Monarchie als überlebte Einrichtung bezeichnet, die von denkenden Wesen nur unter der Bedingung geduldet werden könne, daß die Monarchen nur die Hauptfiguren des souveränen Volkes seien. Nun sei aber der Glaube an das frühzeitige Verschwinden der Monarchien und an die Reduzierung der Monarchen zu einer untergeordneten Stellung durch die Ereignisse während des letzten halben Jahrhunderts absolut widerlegt worden. Die Könige sind nicht nur so zahlreich wie immer in der europäischen Welt, sondern sie sind auch persönlich machtvoller. Die Politiker der Bright- oder Cobden-Ära hatten Recht, wenn sie voraussetzten, daß vor Ablauf des neunzehnten Jahrhunderts die Demokratie an die Spitze gekommen sein würde, aber sie hatten Unrecht in der Annahme, daß die Demokratie notwendigerweise mehr und mehr der Liebling der parlamentarischen Institutionen sein würde. Das Gegenteil ist erwiesen. In der Alten Welt hat sich als Ideal der Demokratie die „Regierung eines Mannes“ herausgestellt, und in allen monarchischen Ländern ist eben der eine Mann fast immer der Monarch. In allen Ländern hat der regierende Souverän einen stärkeren Einfluß und eine größere Autorität als die Minister und die Parlamente. Der Glaube an das politische Selbstgovernment, der vor fünfzig Jahren durch ganz Europa verbreitet war, hat seinen Halt in allen kontinentalen

Ländern verloren. Kollektivismus in der einen Form oder in der andern ist die einzige Regierungsform, die die Menge anzieht. Möglicherweise kann eines Tages die Pöbelherrschaft durch Aklamation Platz greifen, aber bis jetzt ist es das einzige Resultat der sozialistischen Propaganda gewesen, die Vorliebe für eines Mannes Herrschaft zu fördern.

Soweit als das Proletariat in Betracht kommt, ist die konstitutionelle Regierung versucht und für mangelhaft befunden worden, und die arbeitenden Klassen sind mit Recht oder Unrecht zu der bestimmten Überzeugung gekommen, daß ihre Ideen und Aspirationen besser unter eines Mannes Herrschaft als unter einer parlamentarischen Regierung gesichert sind, die notwendigerweise die Ideen und Interessen der mittlern Klassen repräsentieren muß. Ist die Voraussetzung richtig, daß das „Einmannsystem“ zugunsten der Monarchien gegen die Parlamente spricht, besonders in Ländern, deren Monarchie seit Generationen bestanden hat, so repräsentiert ein König treuer, als irgendein parlamentarischer Staatsmann es möglicherweise tun kann, die Traditionen seines Volkes. Jeder Mann in einem Lande, das „Mannesstimmrecht“ hat, kennt den König dem Namen nach oder von Angesicht, ein nicht geringer Vorteil bei Volkswahlen. Und mehr noch. Durch die Massen geht die keineswegs unbegründete Überzeugung, daß ein König kraft seiner Geburt, Abstammung und Stellung den Klasseinflüssen weniger zugänglich ist als irgendein anderer Mann des öffentlichen Lebens, so hervorragend er auch sein möge, der nicht im Purpur geboren ist. „Es liegt mir fern zu behaupten, daß die allgemeine Verstimmung über die Resultate der parlamentarischen Regierung schon zu einem überlegten Wunsche nach ihrer Beseitigung geführt habe, aber in Anbetracht der in Kürze von mir ange deuteten Ursachen ist die Tendenz des letzten halben Jahrhunderts dahin gerichtet gewesen, die Autorität der Souveräne zu vermehren und die der Parlamente abzuschwächen.“

Dacey erklärt zum Schluß, daß die Ursachen dieser Erscheinung zu kompliziert seien, als daß sie im Rahmen eines Artikels erörtert werden könnten, der einem diplomatischen Zwischenfall gewidmet sei. Er werfe die Idee eines allgemeinen Rückgangs der Autorität der Parlamente mehr als einen Eindruck denn als definitive Behauptung hin. Er müsse aber die Aufmerksamkeit doch auf die Tatsache lenken, daß in dem Lande der Welt, in dem Selbstregierung des Volkes durch eine freigewählte Legislatur bisher als unantastbare Einrichtung betrachtet worden ist, in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, das „Einmannsystem“ für den Augenblick alles andre zu überwiegen scheine. In dem Konflikt zwischen dem Präsidenten und dem Kongreß sei der erste bei weitem durch die Masse seiner Landsleute unterstützt worden, man habe ihn als den starken Regenten anerkannt, der die Wohlfahrt des Landes auf dem Herzen habe, und der entschlossen sei, seine Politik auch ohne die Zustimmung des Kongresses durchzusetzen. Bei seiner Wiederwahl zur Präsidentschaft habe Roosevelt zwar erklärt, daß er eine dritte Wahl niemals annehmen werde, aber es sei jetzt aller Grund zu der Voraussetzung vorhanden, daß, wenn er nach Ablauf seiner zweiten Wahl

wieder gewählt werden sollte, er über die Unterstützung einer sehr großen Minorität der Wähler, wenn nicht einer absoluten Majorität, aus dem Grunde verfügen würde, weil er den Willen des Volkes tatsächlich weit mehr repräsentiert als der Senat oder das Repräsentantenhaus. Es sei unwesentlich, ob dieser Glaube mehr oder weniger begründet sei, es komme nur darauf an zu zeigen, wie weit sich die Volksströmung in den Vereinigten Staaten gewandelt habe seit den Tagen, als Washingtons Erklärung, daß eine dritte Wiederwahl zur Präsidentschaft eine Gefahr für die Verfassung sein würde, als göttliche Offenbarung angesehen wurde. In der Neuen wie in der Alten Welt scheine das „Einmannsystem“ als ein der parlamentarischen Regierung vorzuziehendes an Boden zu gewinnen. Es sei das um so bemerkenswerter, als es in Amerika keine arbeitslose oder arme Klasse gebe, wie sie fast in allen europäischen Ländern gefunden werde, und daß in dieser Hinsicht Amerika viel weniger Ursache habe als Europa, zu wünschen, daß die oberste Autorität lieber in einer einzelnen Hand als in mehreren Händen liegen solle. Er für seine Person sehe keinen Grund zu einer revolutionären Wendung bei seinen eignen Lebzeiten oder bei der jetzigen Generation. Er vermöge nur zu erkennen, daß die allgemeine Tendenz der Volksströmung in der ganzen Welt auf Vermehrung der Autorität der persönlichen Herrscher gerichtet sei, gleichviel ob sie Präsidenten, Diktatoren, Könige oder Kaiser genannt werden, und daß sich infolgedessen das Ansehen der konstitutionellen Parlamente vermindere, die bis jetzt als politische Vermittler zwischen dem Thron und dem Volk gedient haben, und die tatsächlich, wenn nicht dem Namen nach, die oberste Gewalt ausübten. Es könne für diese Tendenz keine bessere Illustration beigebracht werden als die Tatsache, daß die beiden befähigtesten der europäischen Souveräne, die über die führenden Länder Europas regieren, eine Unterredung abgehalten haben, in der Fragen der wichtigsten Interessen ihrer beiden Länder, wie mit oder ohne Grund anzunehmen sei, zur Erwägung gestanden haben, und daß eine solche Unterredung von ihren eignen Untertanen nicht nur ohne Mißtrauen, sondern mit ausgesprochener Befriedigung angesehen worden sei.

So weit Dicey.

Der deutsche Leser wird ihm vielleicht nicht in allen seinen Abstraktionen zu folgen vermögen und ihm namentlich die Tatsache entgegenhalten, daß der antimonarchische Charakter der deutschen Sozialdemokratie, wenigstens soweit die Führerschaft in Betracht komme, als erwiesen gelten müsse, ebenso daß die deutsche Sozialdemokratie das parlamentarische System durchaus nicht verwirft, solange sie Aussicht hat, wenn auch nur durch eine starke Minorität einen Einfluß auf die Gesetzgebung zu üben. Aber ebenso ist unbestreitbar, daß sich innerhalb der deutschen Sozialdemokratie in der zweiten Generation die Elemente mehren, die zwar an der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung manches ändern möchten, sich aber doch innerhalb dieses Rahmens zurechtzufinden wissen. In allen Kulturperioden der Menschheit sind nicht die Institutionen, sondern die Persönlichkeiten die Träger und Führer der fortschreitenden Entwicklung

ihrer Zeit gewesen. Völker wollen geführt sein, und sie werden diese Führung immer viel lieber in der Hand eines machtvollen Staatsoberhauptes sehen, das nicht nur von den Ideen seiner Zeit und seines Volkes durchdrungen ist, sondern sie auch führend zu gestalten weiß, als in der Hand von Parlamenten mit wechselnden Majoritäten, aber niemals aufhörenden Eifersüchteleien, Eitelkeiten und Parteiinteressen. In jedem aufsteigenden Lande wird es immer das Königtum sein, das im Wechsel der Dinge und der Mehrheiten das Bleibende des nationalen Gedankens und der staatlichen Zwecke repräsentiert. H. J.



Großherzog Friedrich von Baden in Versailles

2



eben allen Sorgen und Spannungen, die der Kriegsausbruch mit sich brachte, wandte der Großherzog doch von Anfang an sein Augenmerk den möglichen politischen Folgen zu. Ganz Deutschland stand vereint unter König Wilhelms Oberbefehl in Waffen, eine gewaltige nationale Bewegung durchzitterte die weiten Gebiete von Memel bis zum Bodensee, die solange angestrebte einheitliche Zusammenfassung aller nationalen Kräfte, die Einigung in der Stimmung des deutschen Volkes war urplötzlich vorhanden, im Sturm geboren. Entsprachen die militärischen Ergebnisse des Krieges den berechtigten Erwartungen, so war mit Sicherheit anzunehmen, daß die politischen nicht dahinter zurückbleiben würden; der führende Staatsmann gehörte nicht zu denen, deren Feder verdarb, was das Schwert gewann. Um so mehr hielt es Großherzog Friedrich für seine Pflicht, an seinem Teile mitzuarbeiten, daß der nationale Strom rechtzeitig in ein entsprechend breites, festes und sicheres Bett geleitet würde, und daß die politische Arbeit in der Heimat mit der kriegerischen im Felde gleichen Schritt hielte. Um die Kriegsbegeisterung lebendig zu erhalten, mußten ihr hohe Ziele jenseits des Schlachtfeldes gegeben, Bürgschaften geschaffen werden, daß die elementare Kraft der aus den Wogen des bedrohten Rheinstroms überraschend emporgestiegenen deutschen Einheit nicht mit dem letzten Kanonenschusse verbrauchte.

Das Gefüge des Norddeutschen Bundes mußte in einem siegreichen Kriege voraussichtlich eine Festigung gewinnen, die den innern Verdeprozeß um Jahrzehnte beschleunigte; ganz anders als durch parlamentarische und politische Arbeit mußte das Zusammenschweißen in der Glut der Schlachten gelingen. Es war mithin vorauszusehen, daß der siegreiche, erzgepanzerte Norddeutsche Bund wenig geneigt sein werde, seine in solchen Stürmen erprobte Verfassung aufzugeben oder auch nur zugunsten süddeutscher Wünsche erheblich zu modifizieren. Eine künftige staatsrechtliche Zusammenfassung Gesamtdeutschlands mußte sich